

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbr d



## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB sieht in der Bundesregierung das größte Abrüstungshindernis: Friedenspolitik nach Reykjavik.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB kommentiert das Karlsruher Sitzblockaden-Urteil: Eine Chance versäumt, aber auch eine Hoffnung begründet.

Seite 4

Ernst Haar MdB plädiert für die Verbesserung des Schienenverkehrs von und nach Berlin: Reisende und Eisenbahner erwarten positive Signale.

Seite 5

### Rezension:

Die Notwendigkeit des Dialogs betont das Buch „Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven.“, das im Verlag Neue Gesellschaft erschienen ist.

Seite 6

41. Jahrgang / 217

12. November 1986

### Friedenspolitik nach Reykjavik

Die Bundesregierung ist das größte Abrüstungshindernis

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung Kohl ist nicht geeignet, deutsche Interessen gegenüber den beiden nuklearen Weltmächten wahrzunehmen. Die Bundesregierung Kohl vertritt deutsche Interessen formal schlecht. Und sie definiert sie inhaltlich falsch. Damit verbleibt die Bundesregierung Kohl in der verhängnisvollen Tradition der deutschen Rechten. Sie instrumentalisiert den Begriff der Nation als Kampfbegriff gegen die deutsche Linke, aber fügte den legitimen deutschen Interessen immer wieder aufs neue Schaden zu.

Der Nationalismus der deutschen Rechten pflegte Feindbilder. Der Patriotismus der deutschen Linken warb für eine Politik der Verständigung und Versöhnung mit unseren Nachbarn in Ost und West. Der Nationalismus der deutschen Rechten mußte die Nachbarn der Deutschen zu ihren Feinden machen. Der Internationalismus der deutschen Linken entsprach seit jeher den legitimen Interessen eines Volkes in der Mitte Europas besser als nationalistische Verirrungen. Die deutsche Rechte hat dies bis heute nicht begriffen.

Die deutsche Rechte neigt subjektiv zum Nationalismus und handelt objektiv anti-patriotisch. Mit ihrem Konzept zur Selbstbehauptung Europas verbindet die SPD gemeinsame europäische und legitime spezifisch deutsche Interessen. Die deutsche Rechte schwankt derweil zwischen nationalistischen Phrasen und einem Duckmäusertum gegenüber der Reagan-Administration.

Die SPD definiert deutsche Interessen nach Reykjavik am Vorrang der Abrüstung. Die CDU/CSU definiert deutsche Interessen am Vorrang der Abschreckung. Solange das Abschreckungsprinzip

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreisübergreifende  
mit umweltschonender  
Recycling-Papier



im Ost-West-Konflikt dominiert, dominieren diejenigen, die in diesem Konflikt über die größeren Abschreckungspotentiale verfügen: die USA und die UdSSR. Eine schrittweise Entmilitarisierung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West liegt im Überlebensinteresse der Welt. Aber Fortschritte in diesem Prozeß stärken objektiv auch die Rolle der kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa. Ihre Macht beruht nämlich vorrangig auf dem Einfluß ihrer Ideen, und der Attraktivität ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen.

Diese Bundesregierung ist zur Zeit das größte Abrüstungshindernis in der europäischen Politik. Sie muß weg, damit Platz für deutsche Abrüstungsinitiativen geschaffen wird.

Abrüstung und Entfeindung müssen Hand in Hand gehen. Wer aber, wie Bundeskanzler Kohl, gegenüber osteuropäischen Regierungschefs, Staatschefs, Parteichefs neue Feindbilder aufbaut, ist unfähig, in Europa Frieden zu stiften.

Als Bundeskanzler Kohl Generalsekretär Gorbatschow mit Goebbels verglich, belegte er erneut seine Neigung zur Verharmlosung und Verschleierung der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit. Seine Ausrutscher sind nicht Zufall. Sie haben Ursachen. Die Ursachen liegen in einem Geschichtsbewußtsein Helmut Kohls, das der ahistorischen Stammtischmentalität des deutschen Spießbürgertums entspricht. Dies ist jene deutsche Spießbürgermentalität, die Feindbilder verfestigt, statt Feindschaft abzubauen. Dies sind die Brandstifter, die sich selber für Biedermänner halten.

Zur Abrüstung wird nur der kommen, wer nicht Angst vor Abrüstung hat. Bundeskanzler Kohl redet vom Frieden mit immer weniger Waffen, aber in der Führung der CDU fürchtet man in Wirklichkeit den Frieden mit immer weniger Waffen. Für den CDU-Politiker Alfred Dregger war Reykjavik wie für andere in der CDU auch deshalb ein Erfolg, weil es dort zu keiner Vereinbarung über den völligen Abbau der Nuklearwaffen in Ost und West gekommen ist. Die deutsche Rechte ist nicht nur linksfürchtig, sie ist auch abrüstungsfürchtig.

Wir kritisieren Reagan, weil er an SDI festhält. Bundeskanzler Kohl und Wörner kritisieren Reagan, weil er bereit war, dem völligen Abbau der Nuklearwaffen in Ost und West zuzustimmen. Die CDU will Reykjavik verwässern. Wir wollen die in Reykjavik nicht genutzten Chancen retten. Wir wollen die Pershing II abrüsten. Alfred Dregger drängt die USA, auf der Pershing II zu beharren. Er verzichtet lieber auf sowjetische Abrüstung, als daß er auf diese westliche Aufrüstung verzichtet.



Viele in der CDU/CSU waren nie für den NATO-Doppelbeschluß. Sie waren stets gegen Verhandlungen, die zum völligen Verzicht auf Pershing II und Cruise Missiles hätten führen können. Später fanden sie sich mit dem NATO-Doppelbeschluß ab. Sie fanden Gefallen an ihm, weil er sich zur Legitimation der Stationierung instrumentalisieren ließ. Diese Methode der verhandlungspolitischen Legitimation von Aufrüstungsentscheidungen ist in eine Krise geraten, seitdem Generalsekretär Gorbatschow westliche Verhandlungsvorschläge zu akzeptieren beginnt.

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU, Jürgen Todenhöfer, hat einmal gesagt, das Schlimmste, was dem Westen passieren könne, wäre, wenn die Sowjetunion die abrüstungspolitischen Vorschläge des Westens annehmen würde. In dieser Lage befindet sich jetzt die CDU/CSU, seitdem Gorbatschow die beidseitige Null-Lösung für Europa akzeptiert. Also müssen sie nun Forderungen nachschieben. Deshalb verlangte Alfred Dregger den Abbau der Kurzstreckenwaffen. Dies hatte die SPD schon lange vor ihm gefordert. Dregger griff diese Forderung jetzt in der Erwartung auf, daß daran die beidseitige Null-Lösung scheitern würde. Aber er wurde enttäuscht. Gorbatschow war auch zum Abbau der Kurzstreckenraketen bereit. Also schob Manfred Wörner jetzt nochmals neue Forderungen nach und machte die konventionelle Abrüstung zur Vorbedingung für die nukleare Abrüstung in Europa.

Wenn die Sowjetunion dort Zugeständnisse macht, wage ich vorauszusagen, werden Wörner und Dregger noch immer nicht zufrieden sein. Beide sind in Wirklichkeit zu sehr im Abschreckungsdenken verhaftet, als daß sie zu einer konstruktiven Abrüstungspolitik fähig wären. Washington ist in Bezug auf die Mittelstreckenwaffen zur Zeit flexibler als Bonn. Das größte Hindernis für einen völlige Abbau der Mittelstreckenwaffen sitzt zur Zeit nicht in Washington, sondern in Bonn.

Europa ist heute eine Zone der Hochrüstung. Wir wollen Schneisen in diese Zone der Hochrüstung schlagen. Wir haben Vorschläge für eine chemiewaffenfreie Zone gemacht. Die Bundesregierung sagte Nein zu diesem Vorschlag. Wir schlagen einen atomwaffenfreien Korridor vor. Die Bundesregierung lehnt wiederum ab. Die Bundesregierung warnt vor der Bedrohung, die von den in der DDR stationierten sowjetischen Truppen und ihren Waffen ausgehen. Aber sie lehnt Vorschläge ab, die zu einer zumindest teilweisen militärischen Verdünnung und Entflechtung beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt führen könnten. Diese Bundesregierung wird der im Grundlagenvertrag eingegangenen Verpflichtung zu einer aktiven Abrüstungspolitik zwischen beiden deutschen Staaten nicht gerecht.

(-/12.11.1986/vo-he/rs)

\* \* \*



Eine Chance versäumt, aber auch eine Hoffnung begründet

Zum Karlsruher Sitzblockaden-Urteil

Von Gert Weisskirchen MdB

In der Mitte gespalten, haben die Karlsruher Richter zur einen Hälfte sich die Auffassungen der Friedensbewegung zu eigen gemacht: daß der Bedrohung der Menschheit durch Massenvernichtungswaffen auch begegnet werden kann durch zeitweilig begrenztes gewaltfreies Behindern der Zufahrt militärischen Geländes, das ausschließlich dem Zweck der Stationierung solcher Waffen dient.

Verwerfliche Nötigung nach Paragraph 240 StGB sei solches symbolisches Blockieren nicht in jedem Falle.

Die andere Hälfte des Senats jedoch fällt in seiner Beurteilung zurück hinter die BGH-Entscheidung vom Juli 1986.

Die Richter haben insofern eine Chance versäumt, als sie nicht dazu bereit waren, den Begriff der Verwerflichkeit auf gewaltfreies Protestverhalten als Ausformung des Rechts auf Freiheit der Demonstration nicht zu beziehen. Sie haben auch die Chance versäumt, klare Grenzen zu ziehen zwischen Formen zivilen Ungehorsams und strafrechtlich zu verfolgenden gewalttätigen Handelns.

Dennoch begründet das Urteil auch Hoffnung.

Jeder Richter kann nun vergleichbares gewaltfreies Verhalten freisprechen. Liberale Substanz kann sich von unten in der Richterschaft auf die eine Hälfte des BVerfG selbst berufen. Diese Ermutigung hilft, dieses Durchgangsurteil mehr und mehr zu überlagern durch fortschreibende Urteile. Der Gesetzgeber bleibt aufgerufen, die Rechtsunsicherheit durch eindeutige Rechtsvorschriften zu beseitigen.

Die Bemühungen der SPD-Bundestagsfraktion haben insofern das Karlsruher Urteil bestätigt.

(-/12.11.1986/vo-he/rs)



Den Schienenverkehr von und nach Berlin verbessern

Reisende und Eisenbahner erwarten positive Signale für die Zukunft

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Lange Fahrzeiten, mäßiger Standard und hohe Fahrpreise kennzeichnen die derzeitige Situation des Schienenverkehrs von und nach Berlin. Es ist daher kein Wunder, daß im Berlin-Verkehr die Bedeutung der Bahn immer wieder zurückgeht. Benutzten 1981 noch 14 Prozent der Berlin-Reisenden die Schiene, so waren es 1985 schon nur noch zehn Prozent.

Ein umfassendes Eisenbahnkonzept für den Schienenverkehr von und nach Berlin ist daher schon lange überfällig. Ziel dabei muß sein, auch im Berlin-Verkehr einen Standard zu erreichen, wie er im Bundesgebiet zu Anfang der 90er Jahre von der Deutschen Bundesbahn geboten wird.

Schon seit langem liegt eine Studie über die technischen Möglichkeiten und die entstehenden Kosten eines durchgreifenden Neu- oder Ausbaus der Schienenverbindungen nach Berlin vor. Diese Studie muß endlich aus den Schubladen der Ministerien herausgeholt und Grundlage konkreter Verhandlungen mit der DDR und der Deutschen Reichsbahn werden. Die Bundesregierung muß hier endlich handeln.

So notwendig und dringend die langfristigen Baumaßnahmen sind, so wichtig sind gleichzeitig alle sofort umsetzbaren Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Berlin-Verkehrs. Hierzu gehört insbesondere

- Einführung von Taktverkehr für Züge von Berlin nach Hannover,
- Angleichung des Komforts an den IC-Standard zum Beispiel durch Einsatz der zur Zeit im Reisebüroverkehr eingesetzten Dieseltriebzüge der Deutschen Bundesbahn,
- Reisezeitverkürzung durch optimierte Organisation wie zum Beispiel der Wegfall des Lokwechsels an der Grenze.

Eine lange Zeit vernachlässigtes Kapitel ist die Tarifgestaltung. Die Mehrzahl der Fahrpreiserhöhungen und Sonderangebote der Bundesbahn sind im Berlin-Verkehr nicht gültig. Die grundlegende Reform der Personanverkehrstarife der DB, die am 1. März 1987 in Kraft treten soll, muß Anlaß sein, die Anwendung entsprechender Tarife mit der Deutschen Reichsbahn zumindest für den Berlin-Verkehr möglichst aber für den gesamten Wechselverkehr zwischen Bundesbahn und Reichsbahn zu vereinbaren.

Reisende und Eisenbahner erwarten endlich positive Signale für die Zukunft des Schienenverkehrs von und nach Berlin. Auf diesem bisher sehr stiefmütterlich behandelten Gebiet müssen endlich konkrete Entscheidungen getroffen werden.

(-/12.11.1986/vo-he/rs)



## REZENSION

---

### Die Notwendigkeit des Dialogs

---

Horst Ehmke/Karlheinz Koppe/Herbert Wehner (Hrsg.): Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986; 395 S., DM 19,80.

Das Treffen von Reykjavik und die nachfolgende Diskussion in Westeuropa haben bewiesen, daß Friedens- und Entspannungspolitik ohne eine fundierte Ostpolitik ohne Erfolg bleiben müssen. Nachgerade dann, wenn die Gesprächspartner nicht richtig beurteilt werden oder gar unterschätzt werden.

Einem wichtigen Referenten der SPD-Bundestagsfraktion ist dieses nie in den Sinn gekommen: Eugen Selbmann. Ihm haben die Herausgeber den inhalts- und facettenreichen Band „Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven“ gewidmet. Als Mitautoren haben sie eine stattliche Zahl von namhaften in- und ausländischen Autoren gewonnen. Von Apel und Arbatow über Dobrzielski und Genscher bis von Staden und Wojna. Dazu gehören auch Willy Brandt, Helmut Schmidt und Hans-Jochen Vogel. So zahlreich wie die Autorenliste, so vielfältig sind auch die Themen.

Die Ostpolitik wird nach einer Skizze ihrer Anfänge in den Bereichen Sicherheit und Abschreckung, Gemeinsame Sicherheit, Sicherheit und Entspannung, Dreimal Entspannung: Deutsche-Polen-Ungarn, Entwicklung und Wirtschaft als Probleme der Sicherheit und des Friedens, Die humane Dimension, Spielräume und Peripherien und Alternativen und Perspektiven in verschiedenen Aufsätzen untersucht.

Der Leser erhält somit zugleich eine aktuelle Aufarbeitung der bisherigen und gegenwärtigen Aspekte der Ostpolitik in ihren politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Verbindungen und Zusammenhängen. Insbesondere wird die Notwendigkeit des Dialogs herausgestellt, um die Brücken zwischen Ost und West in Europa nicht abbrechen zu lassen. Hier wird zugleich auch die Aufgabe der West- und Osteuropäer deutlich für einen Beitrag zum globalen Miteinander. Egon Bahrs Ausführungen zur Gemeinsamen Sicherheit unterstreichen die Wichtigkeit dieses politischen Auftrages.

Eine gelungene Zusammenstellung liegt vor. Nicht nur um langjährige Verdienste anzuerkennen, sondern auch zur eingehenden Beachtung empfohlen.

Hagen Richmann

(-/12.11.1986/vo-he/rs)

\* \* \*

